

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

Band: 97 (1971)

Heft: 46

Illustration: "... ich bedaure, für die Aff-Niederlegung vor dem Bundeshaus und die Zumauerung des Rathauses bin ich schon verabredet - [...]

Autor: Hoest, Bill

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

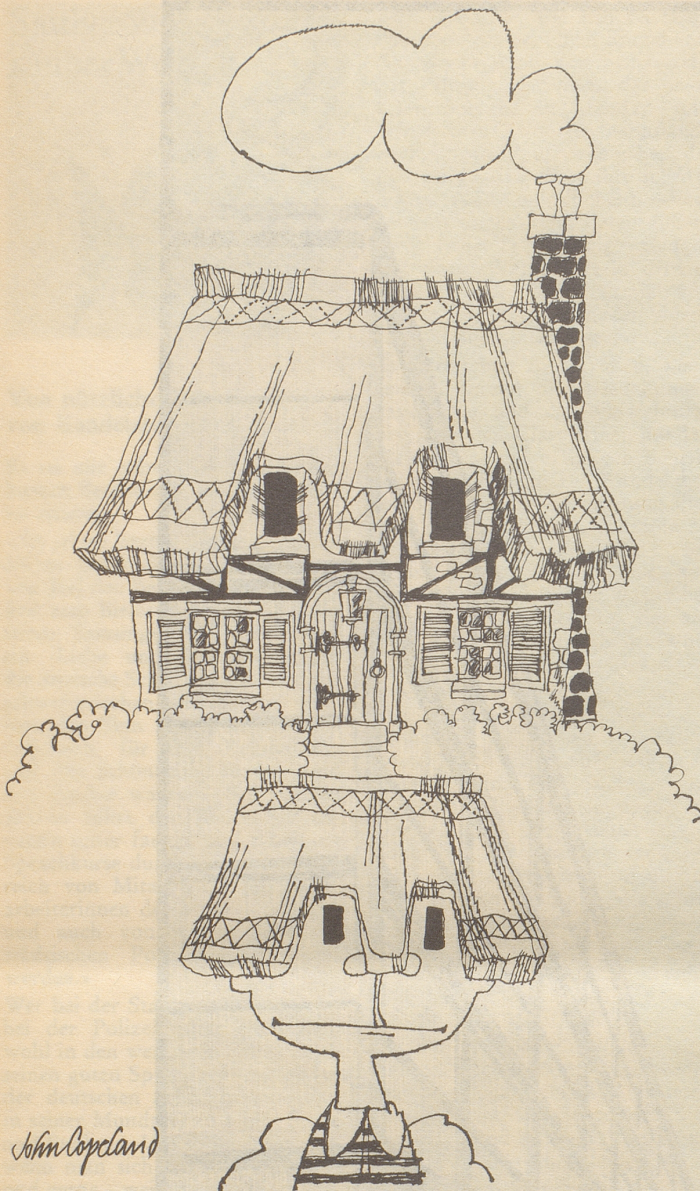
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

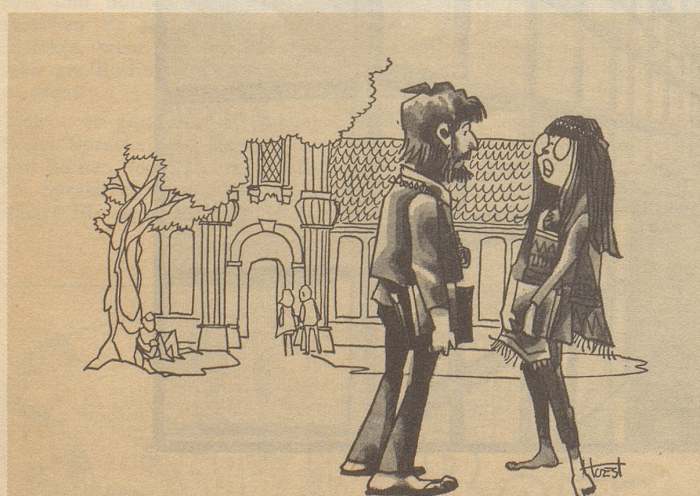
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Mensch wird von seiner Umgebung geprägt.



«... ich bedaure, für die Aff-Niederlegung vor dem Bundeshaus und die Zumauerung des Rathauses bin ich schon verabredet — aber für ein Sit-in auf den Basler Tramschienen wäre ich noch zu haben!»

Bruno Knobel über
«Die Sündenböcke der Schweiz»

Jüngste Geschichte

Wer jener Generation angehört, welche die Zeit von 1935 bis 1950 bewußt erlebt hat, der hatte Schwierigkeiten. Ihm fiel die Aufgabe zu, seinen Kindern selber einiges Wissen zu vermitteln über die jüngste Geschichte der Schweiz, über jene Geschichte, die eigentlich noch nicht zur gesicherten Historie geronnen ist und deshalb an unseren Schulen meist auch noch nicht gelehrt wird. Denn in zu vielen Schulen endet — leider, aber zum Teil auch verständlicherweise — die Geschichte um 1870/1871. Und doch ist es so, daß ein großer Teil der innenpolitischen Auseinandersetzung in unseren Tagen — jede Ansprache, jede Diskussion, jeder Leitartikel — so voller gedanklicher und verbaler Bezüge auf unsere jüngste Geschichte ist, daß ein Junger das Ganze gar nicht verstehen kann ohne erläuternde Nachhilfe. Eines von diesen Bezugsworten ist zum Beispiel der Begriff «Die Zweihundert».

Die «Eingabe der Zweihundert»

In der Geschichte der Schweiz während des letzten Krieges nimmt die «Eingabe der Zweihundert» insofern eine Sonderstellung ein, als die maßlose Heftigkeit, mit der die Unterzeichner der Petition nach Kriegsende in der Öffentlichkeit verfolgt wurden, ohne Beispiel ist. Die Zweihundert galten ausnahmslos als «Anpasser», worunter man «Defätismus» und eine Vorstufe der nationalen Selbstaufgabe verstand.

Die Eingabe von rund 200 Schweizern erfolgte im Jahre 1940 an den Bundesrat. Die Petitionäre wiesen darauf hin, daß sie einig seien «im entschlossenen Willen zur Erhaltung der ererbten Unabhängigkeit unserer Heimat», äußerten aber Besorgnis, die von unseren Behörden befolgte Politik der Neutralität könne «durch eine einseitige oder geradezu gehässige Stellungnahme unverantwortlicher Kreise gestört und aufgehoben» werden. Gefordert wurde deshalb unter anderem die Schaffung einer Pressezensur und die «Ausschaltung jener an verantwortlichen Pressestellen wirkenden Personen, die einen für das Wohl und das Ansehen des Landes verhängnisvollen Kurs gesteuert haben».

Angespielt wurde damit auf unsere Presse, welche die politische Entwicklung in Nazideutschland, die Terrormaßnahmen, die Brutalisierung der Kriegsführung, die

Konzentrationslager usw. oft mit (der ihnen gebührenden) schonungslosen Offenheit und Schärfe kritisiert und angeprangert hatten, was zu dauernden Spannungen zwischen Hitlerdeutschland und der Schweiz führte.

In guten Treuen verschiedener Meinung

Die Schweiz war nun allerdings damals wirtschaftlich völlig von eben diesem Hitlerdeutschland abhängig. An diese Situation erinnerte zum Beispiel Bundesrat von Steiger mit den Worten:

«Als mir ein sonst sehr gescheiter Schweizer während dieser Kriegszeit einmal erklärte: «Ich will nichts mehr mit allem zu tun haben, was irgendwie nach Deutschland riecht», habe ich ihn gefragt: «Womit heizen Sie?» — «Mit Kohlen.» — «Womit beschäftigen Sie Ihre Arbeiter, womit werden sie ernährt?» Wenn wir unsere sämtlichen Wirtschaftsbeziehungen nicht mehr aufrechterhalten hätten, wenn keine Heizmöglichkeiten, keine Ernährungsmöglichkeiten oder nur noch stark reduzierte vorhanden gewesen wären, wäre die Anfälligkeit (für eine Anpassung) nicht größer gewesen? Man kann die Dinge also nicht so voneinander trennen. Ich erlaube mir kein Urteil. Ein späteres Urteil mag erlassen, wo die Hauptverdienste daran liegen, daß wir so heil durchgekommen sind, soweit wir überhaupt ein Verdienst daran haben...»

Andererseits erinnerte Nationalrat Oeri daran, daß die Schweizer Presse das Recht und die Aufgabe habe, Unrecht beim Namen zu nennen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, was im Ausland vor sich gehe.

Das Eidgenössische Justizdepartement stellte fest: «So bedenklich der Inhalt der Eingabe sein mag, so kann diese, als Äußerung einer sehr scharfen Opposition zum Regierungskurs und zur Haltung eines Teils der Presse genommen, zu keinen rechtlichen Sanktionen gegen Verfasser und Unterzeichner Anlaß geben.»

Und Nationalrat Gysler, Berichterstatter einer Kommission, warnte: «Wenn wir die Liste der Unterzeichner betrachten, wird man auch nicht leugnen können, daß es Leute darunter hat, die bereit waren, unsern Nachbarn eine Konzession nach der andern zu machen, andererseits fiel aber auch die Unterschiedlichkeit der Personen auf, gibt es darunter doch solche,